Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 8.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandversand: monatlich M. 15.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts Mk. 4.50; Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7360. Schriftleitung und Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr. 273 — Freitag, den 10. Juni — 1921

Keine neutrale Zone in Oberschlesien

Neue englische Note an Paris und Rom

Keine Zusammenkunft von Sachverständigen.

London, 10. Juni.

Wie Reuter an maßgebender Stelle erfährt, ist der Vorschlag einer Errichtung einer neutralen Zone zwischen den Polen und Deutschen in Oberschlesien als undurchführbar aufgegeben worden. Obwohl der Bericht Sir Harald Stuarts noch nicht abgeschlossen ist, ist doch die englische Regierung im Besitze genügender Nachrichten, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß der erste Schritt zum Frieden in der vollständigen Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission bestehen müsse. Bis jetzt ist dies an dem Unvermögen gewisser militärischer Mitglieder der Kommission gescheitert, die zur Verfügung stehenden Truppen gegen die Insurgenten zu gebrauchen, sobald die Umstände es erforderlich machten. Obgleich es nicht der Wunsch der englischen Regierung ist, die Streitkräfte anders als in dem Falle zu gebrauchen, daß es durchaus erforderlich ist, hat der englische kommandierende Offizier freie Hand, und die Autorität der Kommission wird auf diese Weise in zunehmendem Maße gekräftigt.

Reuter weist darauf hin, daß ein englischer Militärzug in der Nähe von Gleiwitz von Insurgenten angehalten wurde und erst weiterfahren konnte, nachdem die Erlaubnis Korfantys eingeholt war. Das Unerträgliche einer solchen Verzettelung der Kommission wird allgemein anerkannt, und man glaubt, daß die Beschränkungen im Gebrauch der Streitkräfte gegen die Insurgenten in Kürze aufgehoben werden, um eine vollkommene Zusammenarbeit der Alliierten in Oberschlesien zu erreichen. Eine in diesem Sinne abgefaßte Note ist nach Paris und Rom abgesandt worden. Obwohl eine Antwort noch nicht eingehen konnte, zeigen die letzten Telegramme der örtlichen Vertreter der beiden Regierungen dem britischen Standpunkte Zustimmung. Inzwischen ist in der Anschauung der englischen Regierung eine Aenderung nicht eingetreten, daß das baldige Zusammenkommen des Obersten Rates von großer Bedeutung ist. Es ist wahrscheinlich, daß die Idee einer Zusammenkunft von Sachverständigen nicht verwirklicht werden wird.

Das polenfreundliche Frankreich

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 10. Juni.

Der Notenwechsel wegen Oberschlesien wird zwischen Paris und London fortgesetzt. Auf die letzte Note vom Mittwoch antwortete die französische Regierung gestern, daß es nicht anginge, den polnischen Aufruhr zu unterdrücken, aber die Selbstschutzorganisation des Generals Höfer unter den Waffen zu belassen. Es sei klar, daß die 3000 bis 4000 Engländer, die zur Verstärkung nach Oberschlesien kamen, keine großen Operationen unternehmen könnten, da die Deutschen etwa 50 000 Mann stark seien, und die Polen ungefähr über ebensoviel Mannschaften verfügten. In der Note heißt es, daß sich die Polen seit etwa 14 Tagen allen Anordnungen der J. A. K. gefügt haben, während von deutscher Seite die Zwischenfälle eine Fortsetzung erfuhren.

Einstellung der Beschießung Ratibors

Ratibor, 10. Juni.

Der Magistrat der Stadt Ratibor sandte an die Interalliierte Kommission ein Telegramm, worin er fordert, daß der dauernden Beschießung der Stadt Ratibor durch Geschütze der polnischen Insurgenten sofort Einhalt geboten werde. In der gestrigen Sitzung des Zwölfer-Ausschusses zu Oberglogau versprach nach einem Hinweis des Vorsitzenden, Pfarrers Ulitzka, Generalleutnant Höfer und der anwesende Oberst Salvioni, bei der Interalliierten Kommission vorstellig zu werden, daß dem rücksichtslosen Treiben der polnischen Insurgenten entschieden entgegengetreten werde. Wie der italienische Kreiskontrolleur, Major Inoraa, mitteilt, hat Oberstleutnant Miglio, der Kommandant der italienischen Truppen Ratibors, den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt Ratibor weiterhin durch polnische Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen bei Hohenbirken, Lubom, Siryn und anderen Orten vor Ratibor ebenfalls unter Feuer nehmen würde. Die Insurgenten gaben darauf das Versprechen, Ratibor nicht mehr mit Artillerie zu beschießen.

Schreckensnacht in Kattowitz

Erfolge des deutschen Selbstschutzes. — Tarnowitz von den Insurgenten besetzt.

Kattowitz, 10. Juni.

Die vorletzte Nacht gehörte zu den schwersten, die Kattowitz seit Ausbruch des Aufstandes erlebt hat. Nach der Nicolaistraße wurden nachts aus dem Belagerungsviertel etwa 3000 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren abgegeben. Unter Maschinengewehrfeuer lagen auch die Holtey-Straße, die Emmastraße und die Heinzestraße. Man erwartet, daß die Engländer heute oder morgen in Kattowitz eintreffen.

Heimkehrer von der Front der Insurgenten bestätigen, daß Kandrzin den Polen verlorengegangen ist, und daß der Coseler Hafen, Ujest und Slawentzitz vom oberschlesischen Selbstschutz wiedergenommen worden sind. Die Kämpfe waren sehr erbittert. Die polnisch-oberschlesischen Organisationen haben schwere Verluste erlitten. Verschiedene Kompanien sind zu zwei Dritteln bis zu drei Vierteln aufgerieben worden.

Oppeln, 10. Juni.

Seit Montag nacht haben sich in Tarnowitz heftige Kämpfe abgespielt. Polnische Insurgenten drangen unter dem Schutze des Feuers eines Panzerzuges in einige Straßen der Stadt ein und verübten Plünderungen. Eine aus Bürgern der Stadt und Flüchtlingen gebildete Selbstschutzkompanie drängte die Insurgenten bis an die Ausgänge der Stadt zurück. Die französische Besatzung verhielt sich vollkommen passiv. Nachdem die Insurgenten gedroht hatten, die Stadt mit Geschützen zu beschießen, besetzten sie im Dienstag abend Tarnowitz.

Amtlich wird noch mitgeteilt: Der Kreis Rosenberg ist von den polnischen Banden zum Teil geräumt worden. Die Ortschaften Coselwitz, Skronshau, Schönwald, Bischdorf, Groschau und Jastreigowitz sind frei von Insurgenten. Bei Zembowitz wurde durch einen polnischen Angriff gestern ein Kampf hervorgerufen, der noch andauert. Amalienhof, Neudorf und Pruskau wurden durch polnische Artillerie beschossen. Im Kreise Ratibor wurde Niedane durch polnische Artillerie beschossen. Ein von Luchasino vorstoßender polnischer Panzerzug konnte außer Gefecht gesetzt werden.

Paris, 9. Juni.

Wie Havas berichtet, hat der deutsche Botschafter Dr. Mayer dem Ministerpräsidenten Briand einen Besuch abgestattet und dabei den Zwischenfall besprochen, der sich am Dienstag in Oberschlesien zwischen den Truppen des Generals Höfer und einer französischen Patrouille ereignet hat. Der Botschafter hat das Bedauern der deutschen Regierung ausgesprochen.

Gemeinsame deutsch-polnische Benutzung des Bahnhofes Garnsee

Berlin, 10. Juni.

Bei der im vorigen Monat erfolgten Festsetzung der endgültigen ostpreußisch-polnischen Grenze ist der Bahnhof Garnsee Polen zugesprochen worden. Am 6. d. M. ist zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die die gemeinsame deutsch-polnische Benutzung des Bahnhofs Garnsee sicherstellt.

Diese Benutzung bezieht sich sowohl auf den Personen- als auch auf den Güterverkehr. Die weiteren Vereinbarungen über die Abwicklung des Verkehrs werden zwischen den beteiligten Verwaltungen unmittelbar bis zu der am 20. Juni erfolgenden Uebergabe des Bahnhofs an Polen getroffen werden.

Französisches Echo der Rede Churchills

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 10. Juni.

„Petit Parisien" schreibt: Churchill scheint die gegenwärtige Politik Frankreichs gegenüber Deutschland zwei Motiven zuzuschreiben: einer gewissen Aengstlichkeit und einem Gefühl der Unversöhnlichkeit. Deshalb fordert er sein Land auf, sich sozusagen zwischen Frankreich und Deutschland zu stellen. Das hieße immerhin die Haltung Frankreichs in der oberschlesischen Frage schlecht verstehen, wenn man sein Vorgehen aus der Angst um unsere Sicherheit erklären würde. Selbst wenn uns eine engere Allianz mit England verbinden würde, wäre uns unmöglich, nicht das zu verlangen, was uns für Polen als einfache Gerechtigkeit erscheint. Frankreich ist in dieser Angelegenheit weder parteiisch noch unversöhnlich, sondern es kann dabei nur billig sein. Desgleichen wäre es ein Irrtum, die Maßnahmen als Rachegefühl zu betrachten, die Frankreich vorschlug, um Deutschland zur Vernunft zu bringen. Es ist möglich, daß in diesem Augenblick selbst die französische Regierung ihre Alliierten bitten wird, einen gemeinsamen Schritt bei der Berliner Regierung wegen des letzten Zwischenfalls in Oberschlesien zu unternehmen. Der Grund hierfür ist kein Groll, sondern eine lange Erfahrung, die uns zeigt, daß Deutschland ohne Zwang sich nur ungern entschließt, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Aber die Haltung Frankreichs wird sich vollständig ändern von dem Tage an, an dem Deutschland, wie es durch den Kanzler Wirth beabsichtigt zu sein scheint, seinen guten Willen bewiesen haben wird. England wird wahrscheinlich überrascht sein, zu sehen, mit welcher Schnelligkeit sich dann die französisch-deutsche Zusammenarbeit organisieren wird. Tatsächlich ist die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland einfach und logisch. Einerseits ist es entschlossen, mit aller Macht darauf zu dringen, daß Gerechtigkeit geübt und Deutschland außerstande gesetzt wird, Schaden anzurichten, was dem Friedensvertrag vollständig entspricht, anderseits weiß Frankreich, daß seine eigene Wiedererhebung wie die ganze wirtschaftliche Wiederherstellung Europas solidarisch ist mit der Herstellung Deutschlands, und es wird sich nicht scheuen, demgemäß zu handeln. Auf dieser diplomatischen Grundlage nur kann sich die definitive Annäherung der französischen und englischen Gesichtspunkte vollziehen, ein Grund mehr, um das letzte Hindernis aus dem Wege zu räumen, nämlich die Regelung der schlesischen Frage.

Differenzierung der Kohlensteuer

Von

Dipl.-Bergingenieur Leichter-Schenk (Borna).

Unter den Steuern, die dazu dienen sollen, um die ungeheure Kriegsentschädigung zu zahlen, zu der wir uns mit der Annahme des Londoner Ultimatums verpflichtet haben, nennt der Reichskanzler Dr. Wirth an erster Stelle die Erhöhung der Kohlensteuer.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Erhöhung zunächst jeden Produktionsprozeß und jede Lebenshaltung verteuert, aber andererseits sprechen so viele Gründe dafür, daß man trotz mancher Bedenken die Annahme dieser erweiterten Steuer empfehlen kann. Nur drei Punkte, die für die Erhöhung sprechen, mögen hier hervorgehoben werden:

1. Der Preis für die deutsche Kohle steht noch immer wesentlich unter dem Weltmarktpreise, und dieser Preis muß in allen Ländern, vor allem in England, unserem schärfsten Konkurrenten, unbedingt erhöht werden, wenn man die Betriebe einigermaßen mit Gewinn arbeiten lassen will (innerer Grund der jetzigen Streikkrise in England).

2. Die Einziehung der Kohlensteuer ist für das Reich in bezug auf die Verwaltungskosten die bequemste und billigste Art und hat ja auch bisher stets gegenüber anderen Steuern reibungslos gearbeitet.

3. Durch die großen Kohlenlieferungen an unsere ehemaligen Gegner, vor allem an Frankreich und Belgien, die nach dem Friedensvertrage zu den Inlandspreisen zu erfolgen haben, gehen uns aus der Differenz zwischen unseren Kohlenpreisen und den Weltmarktpreisen große Werte verloren, die wir zur Abtragung unserer Kriegsschulden dringend benötigen.

Wenn man sich also im Prinzip mit der Erhöhung einverstanden erklären kann, so wäre es sicher falsch, nun die Kohlensteuer ganz gleichmäßig zu erhöhen, sondern man muß hier eine scharfe Differenzierung vornehmen. Die bisher vorgeschlagene Differenzierung nach der Verwendungsart in Hausbrand- und Industriekohlen halte ich für kaum durchführbar. Einmal ist die Grenze nie scharf zu ziehen, zum anderen wird sicher dann ein Teil der Hausbrandkohle als Industriekohle verwendet werden. Vor allem ist aber anzunehmen, daß auch unsere Gegner aus dieser Art der Differenzierung für sich den größtmöglichsten Vorteil dadurch ziehen werden, daß sie die deutsche Kohle hauptsächlich als Hausbrand bezeichnen würden, die eigene oder die aus anderen Ländern importierte aber als Industriekohle. Dagegen ist eine Differenzierung nach dem Heizwerte und vielleicht auch nach den Kohlensorten sehr zu empfehlen.

Die einfachste Art wird sein, nur nach dem Heizwerte die Kohlensteuer zu erhöhen, und zwar vorschlagsweise im Verhältnisse 1 : 100 zur Wärmeeinheit des Brennstoffes. Am Beispiel würde sich ergeben, daß ein Brennstof von 1700 W.-E. mit 17 Prozent und ein solcher von 7200 W.-E. mit 72 Prozent zu belasten ist. Da aber der Heizwert der einzelnen Lagerstätten, wenn auch in mäßigen Grenzen, schwankt, so empfiehlt es sich, alle Brennstoffarten in einzelne Klassen zusammenzuschließen und danach die Steuer zu bemessen. Die Klassen werden auf Grund bekannter oder noch aufzustellender Heizwertbestimmungen geordnet und danach mit bestimmten Steuersätzen belegt. Wenn auch zunächst vielleicht das Bestreben vorliegen würde, in eine tiefere Klasse zu kommen, so wird doch meines Erachtens sehr bald das Bestreben überwiegen, einer höheren Klasse angerechnet zu werden, da man so auch höhere Preise bekommen wird und leichter Abnehmer finden wird.

Auf Grund meiner Kenntnisse der deutschen Kohlenreviere würde ich 10 Klassen vorschlagen:

1. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 1000 W.-E. 10 Prozent. Abfallprodukte, minderwertige Torfe und Moorkohlen.
2. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 1500 W.-E. 15 Prozent. Bessere Torfe, Moorkohlen und minderwertige Braunkohlen.
3. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 2000 W.-E. 20 Prozent. Sehr grubenfeuchte Braunkohlen, gute Torfe.
4. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 2500 W.-E. 25 Prozent. Die meisten mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlen.
5. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis zu 3000 W.-E. 30 Prozent. Die besten mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlen.
6. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 4000 W.-E. 40 Prozent. Die Westerwaldkohle, die schlechten und mittleren Braunkohlenbriketts.
7. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 5000 W.-E. 50 Prozent. Oberbayrische, oberoligozäne Schwarzkohle, die guten und besten Braunkohlenbriketts.
8. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis zu 6000 W.-E. 60 Prozent. Die minderwertigen Steinkohlen, sowie einzelne aschereichen Steinkohlensorten.
9. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten bis 7000 W.-E. 70 Prozent. Die meisten Steinkohlenflöze und Steinkohlensorten, sowie die meisten Koksarten.
10. Klasse: Brennstoffe mit Heizwerten über 7000 W.-E. 80 Prozent. Die besten Steinkohlen und Koks, sowie der Anthrazit.

Sieht man diese Klassen an, so findet man, daß die für den Hausbrand besonders in Frage kommenden Braunkohlenbriketts nur eine Erhöhung der Steuer von 20 auf 40 bis 50 Prozent erhalten würden, während die Steinkohlen, die von unseren ehemaligen Gegnern vor allem zur Lieferung verlangt werden, eine Kohlensteuer bis 80 Prozent zu tragen haben.

Nun wird mit Recht darüber geklagt, daß unsere Gegner immer nur die besten Kohlensorten von uns geliefert haben wollen und sie oft zu Zwecken benutzen, für die auch minderwertige genau so gute Dienste tun würden. Unsere Industrie und vor allem unsere Gasanstalten leiden aber gerade unter diesen für uns unentbehrlichen Sorten Mangel und sind zum Teil gezwungen, zu besonderen Zwecken ausländische Kohlen zu beziehen. Wenn aber die von mir vorgeschlagene Differenzierung der Kohlensteuer nach dem Heizwerte eintritt, dann wird wohl diesem Mangel